## Inhalt

Vorwort	7
1918: » die schrecklichste Jahreszahl der deutschen Geschichte«	11
Frühjahr der Hoffnungen (Januar bis April)	59
Sommer der Enttäuschungen (Mai bis August)	115
Herbst der Niederlage (September und Oktober)	155
Winter der Revolution (November und Dezember)	191
Sebastian Haffner: Erinnerungen an das Jahr 1918	253
1918 – Nachkrieg und Erinnerung	261
Anhang	
Autorinnen und Autoren der Quellentexte	283
Literatur	298
Karte	301
Bildnachweis	302
Die Herausgeber	303
Register	305

## 1918: »... die schrecklichste Jahreszahl der deutschen Geschichte«

Am Neujahrstag 1918 notierte Cornelius Breuninger, ein damals 28-jähriger Leutnant des Württembergischen Infanterieregiments Nr. 180, in sein Tagebuch: »Das 5. Kriegsjahr, einst ein unmöglicher Gedanke, nun aber Wahrheit. Mit Schmerz und mit gutem Mut gehen wir hinüber, mit Schmerz im Gedanken daran, dass noch nicht genug deutsches Blut geflossen ist, mit gutem Mut, weil die Bilanz von 1917 so gut und wunderbar für uns abgeschlossen hat. Gott ist mit uns gewesen, wir haben deshalb Vertrauen auch für 1918. Militärisch ist dieses Vertrauen gerechtfertigt, auch politisch?«

Nicht wenige Deutsche beurteilten die militärische Lage des Deutschen Reiches zu Beginn des neuen Jahres ebenso vorsichtig optimistisch wie Breuninger, im zivilen Leben evangelischer Vikar aus Schorndorf bei Stuttgart. Nach den ungeheuer verlustreichen Schlachten des Jahres 1916, vor allem vor Verdun und an der Somme, die für die Deutschen bestenfalls unentschieden ausgegangen waren, hatten sich die Fronten im Westen 1917 wieder stabilisiert. Trotz der zahlenmäßigen personellen Unterlegenheit (von etwa 2:3) war es den deutschen Armeen dort gelungen, den Angriffen der Alliierten weitgehend standzuhalten. Dies war nicht zuletzt das Ergebnis der von ihnen angewandten operativen Doktrin einer »elastischen Verteidigung in der Tiefe«, bei der bewegliche kleine Trupps den Gegner so lange aufhielten, bis Reserven herangeführt wurden. Wie erfolgreich sie diese auch auf schwierigem Terrain praktizierten, zeigte sich bei der »Dritten Flandern-Schlacht«, den von Juli bis November 1917 andauernden schweren Gefechten in der Nähe der inzwischen völlig zerstörten Stadt Ypern. Während die deutschen Verteidiger in ihren stark betonierten Maschinengewehr- und Artilleriestellungen etwa 217 000 Soldaten verloren, hatten die angreifenden Briten und ihre Verbündeten mehr als 320 000 Gefallene, Verwundete, Gefangene und Vermisste zu beklagen. Wie schon in den Schlachten von 1916 hatte sich die Verteidigung dem Angriff überlegen gezeigt.

Noch erfolgreicher aus deutscher Sicht gestaltete sich 1917 die militärische Lage im Osten. Nachdem bereits die von General Brussilow befehligte, anfänglich erfolgreiche russische Offensive im November 1916 end-

gültig stecken geblieben war, schlug auch die nach dem Kriegsminister der Provisorischen Regierung benannte Kerenskij-Offensive im Juli 1917 fehl. Damit war die Kampfkraft der zarischen Armeen endgültig gebrochen. Die ungemein hohen Verluste trugen dazu bei, die angeschlagene Moral der russischen Soldaten weiter zu untergraben. Das russische Heer begann sich aufzulösen, im Spätherbst wurden die Kämpfe an der Ostfront weitgehend eingestellt. Ende November 1917 ersuchte die seit diesem Monat amtierende, von Lenin geführte Revolutionsregierung Deutschland und Österreich-Ungarn um einen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen über einen Separatfrieden. Am 5. Dezember wurde ein erster Waffenstillstand unterzeichnet und am 22. begannen offizielle Friedensverhandlungen im weißrussischen Brest-Litowsk, dem Sitz des deutschen Oberbefehlshabers im Osten.

Weniger erfolgreich als beim Landkrieg fiel die Bilanz des Anfang Februar 1917 von der Dritten Obersten Heeresleitung (OHL) mit enormer Forschheit verkündeten »uneingeschränkten U-Boot-Kriegs« aus, der auch Angriffe auf unbewaffnete Handelsschiffe einschloss. Ihre Chefs, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, waren überzeugt, dass der Krieg nur durch den Einsatz der U-Boote rasch entschieden werden könne. Zwar versenkten deutsche U-Boote bis Ende 1917 etwa 1000 alliierte Schiffe, doch die große Wende des Krieges blieb aus. Die feindlichen Handelsschiffe bildeten Konvois und erhielten Begleitschutz durch Kriegsschiffe. Die Hälfte der deutschen U-Boote wurde versenkt und die Erfolgsquote der U-Bootflotte auf ein für die Alliierten erträgliches Maß reduziert. Für die deutsche Kriegsführung waren vor allem die politischen Folgen des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs verheerend: Im April 1917 erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg.

Zudem hatte die viel gepriesene »U-Boot-Waffe« es nicht vermocht, die bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn verhängte britische Seeblockade zu durchbrechen und so die Versorgung der Heimat mit dringend benötigten Gütern zu verbessern. Eine weitere Verschärfung der Blockademaßnahmen, der (von den Alliierten erzwungene) Stopp von Lebensmittelimporten aus den neutralen Niederlanden sowie bürokratische Fehlentscheidungen sorgten dafür, dass sich die Ernährungslage zusehends katastrophaler entwickelte. Höhepunkt war der berüchtigte »Kohlrüben-« oder auch »Steckrübenwinter« von 1916/17. Die zugewiesenen Lebensmittelrationen deckten

schließlich nur noch etwa 50 Prozent des normalen Verbrauchs. Ernährungsbedingte Erkrankungen sowie der Tod durch Verhungern gehörten in den beiden letzten Kriegsjahren zum Alltag. Vor allem die Sterblichkeit von Kleinkindern und alten Menschen nahm stark zu. An Unterernährung und Mangelkrankheiten starben in Deutschland während des gesamten Krieges mehr als 700 000 Menschen. Somit forderten der Hunger und dessen Folgen im Ersten Weltkrieg mehr Opfer unter den Deutschen als die Bombenangriffe der Alliierten im Zweiten Weltkrieg (450 000).

Kein Zweifel: die Lage des Deutschen Reiches zu Beginn des letzten Kriegsjahres war – trotz der militärischen Erfolge – alles andere als rosig. Dass dennoch viele Deutsche, vor allem im überwiegend konservativen Bürgertum, dem Beginn des Jahres 1918 mit einigem Optimismus entgegensahen, war sicherlich auch der staatlichen Propaganda und ihrer erfolgreichen Verklärung der Verhältnisse geschuldet. Aber mehr noch klammerte man sich verzweifelt daran, dass die Opfer und Entbehrungen der letzten Jahre nicht umsonst gewesen sein durften. Deshalb gelte es nun, den »letzten Hieb« zu führen, wie die Werbeplakate zur Zeichnung der 8. Kriegsanleihe im März 1918 von den Plakatwänden und Litfaßsäulen verkündeten.

Schon seit dem späten Herbst 1917 kursierten in Berlin Gerüchte, dass der deutsche Generalstab mit den Vorbereitungen zu einer Frühjahrsoffensive begonnen habe. Mit dieser »letzten« Offensive sollte der weitgehende Stillstand an den Fronten im Westen, das existierende Patt, beendet und der Krieg erfolgreich zu Gunsten des Deutschen Reiches entschieden werden. Die Planungen mit dem Codenamen »Michael« hatten bereits im Oktober begonnen. Vermeintliche Schwachstellen an der alliierten Front wurden erkundet, Angriffsziele und Strategien erörtert. Schließlich entschied der eigentliche Kopf der OHL, Erich Ludendorff, am 21. Januar, wo die später so genannte »Kaiserschlacht« oder auch »Große Schlacht in Frankreich« ihren militärischen Ausgang nehmen sollte.

Doch bevor alle Aufmerksamkeit sich erneut dem Westen zuwandte, galt es noch ein Problem im Osten zu lösen: den Friedensschluss mit Russland. Und dies wiederum führte zu einer dramatischen innenpolitischen Entwicklung, mit der weder die Militärs noch die Regierung gerechnet hatten. Noch während die sowjetrussischen und deutschen Delegationen in Brest-Litowsk über einen Friedensvertrag berieten, kam es in Berlin, Hamburg und Leipzig sowie in den industriellen Zentren an Rhein und Ruhr zu einer Streik- und



Werbeplakat für die 8. Kriegsanleihe, nach einem Entwurf von Paul Neumann, Frühjahr 1918

Protestbewegung, wie sie das kriegführende Deutsche Reich noch nicht erlebt hatte. Zwar war es bereits im Januar 1917 wegen der schlechten Versorgungslage zu »Hungerprotesten« (so in Hamburg) sowie im darauffolgenden April an verschiedenen Orten zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen gekommen, was den Leiter des Kriegsamts der OHL, Generalleutnant Groener, zu seiner vielzitierten Polemik verleitet hatte, jeder streikende Arbeiter sei ein »Hundsfott«. Aber dieser Arbeitskampf war anders. Begonnen hatten die Unruhen bereits Mitte Januar in Wien; sie dehnten sich anschließend auf alle größeren Städte der Donaumonarchie aus. Um die Streiks aufzuhalten, setzte die k.u.k. Militärführung sogar Truppen ein, die sie zuvor von der Ostfront abgezogen hatte. Dies zeigte, wie ernst die Lage von den Verantwortlichen in Wien inzwischen gesehen wurde.

An den Ausständen Ende Januar in Berlin und an anderen Orten beteiligten sich Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, vor allem aus der Metall- und Rüstungsindustrie. Bei den »Januarstreiks« ging es zwar auch um den grassierenden Hunger und die massiven Versorgungsengpässe. Im Zentrum aber stand nun die Forderung nach einem sofortigen Ende des Krieges. Seit der Eröffnung der Waffenstillstandsverhandlungen mit der sowjetischen Regierung hatte der Wunsch nach Frieden stark zugenommen. Große Teile der Arbeiterschaft brachten schlicht kein Verständnis mehr auf für die Politik der Regierung und der OHL, die Russland einen harschen »Gewaltfrieden« aufnötigen und die Wirtschaft Osteuropas unter deutsche Kontrolle bringen wollten – wie es im Friedensvertrag vom 3. März 1918 dann auch tatsächlich geschah.

Der letztlich ausschlaggebende Grund für die Unruhen waren Nachrichten aus Brest-Litowsk, dass die Friedensverhandlungen auf der Stelle traten. Die Forderung der Sowjets nach einem Frieden »ohne Annexionen und Kontributionen« leuchtete den kriegsmüden Arbeitern unmittelbar ein, und die angedrohte Weiterführung des Krieges gegen ein demonstrativ wehrloses Russland erregte Abscheu. Aber es ging nicht mehr allein um den Friedensschluss mit Russland. Ein Flugblatt des 1916 gegründeten, revolutionären Spartakus forderte am 28. Januar unverblümt den Sturz der Regierung und ein Ende des Krieges.

Den ersten Protestaktionen, die gemeinsam von den im April 1917 nach der Trennung von den Sozialdemokraten (SPD) gegründeten Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und der Spartakusgruppe organisiert wurden, folgten ab dem 28. Januar Arbeitsniederlegungen in fast allen Berliner Fabriken der Metallverarbeitung. Die elfköpfige Streikleitung bestand überwiegend aus Politikern der USPD, aber auch die Mehrheits-Sozialdemokraten waren mit drei prominenten Abgeordneten des Reichstags (Friedrich Ebert, Otto Braun und Philipp Scheidemann) vertreten, um »die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten«, wie es in einer Resolution des Parteivorstands hieß. Die Forderungen der streikenden Berliner Arbeiter vom 28. Januar wurden sogar vom Parteiorgan der SPD, dem *Vorwärts*, veröffentlicht, der deshalb für einige Tage verboten wurde.

Obwohl die Militärbehörden (Stellvertretendes Generalkommando) umgehend den Belagerungszustand verhängten, breitete sich der Streik der Berliner Arbeiter rasch aus. Die Bewegung nahm derartige Ausmaße an, dass sich nun auch die SPD-Führung immer stärker darauf einlassen musste, wollte sie nicht von den protestierenden Massen fortgeschwemmt werden. Das Militär reagierte zunehmend nervös und aggressiv. Der Belagerungszustand wurde noch verschärft, alle Demonstrationen wurden verboten und aufgelöst. Bei Zusammenstößen mit Polizei und Militär, so etwa am 31. Januar im Treptower Park in Berlin, kam es zu Dutzenden Toten und Hunderten von Verletzten. Zahlreiche Streikende, darunter auch Mitglieder der Streikleitung, wurden verhaftet und zu langen Haftstrafen verurteilt. Schließlich verkündete die Militärverwaltung: Wer nicht bis zum 4. Februar seine Arbeit wieder aufgenommen habe, werde fortan nicht mehr als »Reklamierter« (so nannte man die freigestellten Facharbeiter) betrachtet, sondern umgehend an die Front versetzt. Die Frontversetzung wurde also inzwischen als eine Strafmaßnahme gehandhabt! In den folgenden Tagen erhielten circa 50 000 Arbeiter, darunter zahlreiche Betriebsobleute, ihre (von den Militärbehörden seit langem vorbereiteten) Einberufungsbescheide. Angesichts dieser und weiterer Repressalien entschloss sich der Aktionsausschuss - gegen das ausdrückliche Votum der Spartakusgruppe -, die Protest- und Streikaktionen zu beenden.

Der Januarstreik 1918 sollte im Dezember 1924 ein »Nachspiel« vor dem Magdeburger Landgericht erleben. Dort fand ein Verleumdungsprozess statt, den Reichspräsident Friedrich Ebert gegen die an sich unbedeutende *Mitteldeutsche Presse* angestrengt hatte. Die Zeitung hatte ihn im Februar 1924 in einem Artikel (»Eine bittere Pille für Fritze Ebert«) beschuldigt, den Berliner Munitionsarbeiterstreik vorbereitet und angeführt zu haben. Der

## Forderungen der Arbeiter

- 1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.
- 2. Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.
- 3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.
- 4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern.
- 5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
- 6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
- 7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preußischen Landtag.

aus: Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, Westberlin 1974, S. 204.

verantwortliche Redakteur wurde zwar wegen Beleidigung des Präsidenten zu einer eher symbolischen Strafe verurteilt, das Gericht hielt aber fest, dass Ebert sich im Januar 1918 »durch seine Beteiligung an der Streikleitung [...] objektiv und subjektiv« des »Landesverrats« schuldig gemacht habe, indem er die streikenden Arbeiter zum Durchhalten ermutigt habe. Obwohl »formaljuristisch nicht zu beanstanden« (Walter Mühlhausen), war dieses Urteil schlimm, weil es die politischen Umstände im Januar 1918 einseitig würdigte.

In der Folge diente es den völkischen und nationalistischen Parteien und Organisationen als willkommene Munition bei ihrer Dolchstoßagitation. Ebert wurde erst am 20. Oktober 1931 – sechs Jahre nach seinem Tod – durch ein Urteil des Leipziger Reichsgerichts rehabilitiert, das ihn in einem weiteren »Rufmordprozess« vom Vorwurf des Landesverrats freisprach. Doch dieses Urteil des höchsten deutschen Gerichts wurde von der Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen.

Trotz der raschen Beendigung des Januarstreiks und einer vorübergehenden Beruhigung der Lage in den großen Städten des Reiches entspannte sich die innenpolitische Situation keineswegs. Auch die OHL wusste nur zu genau, dass die deutsche Kriegsgesellschaft, vor allem die unteren Schichten, den Krieg nicht lange mehr würde ertragen können. Der Faktor Zeit spielte eine immer stärkere Rolle. Seit Beginn des Jahres 1918 landeten US-Truppen in zunehmender Zahl in den französischen Häfen; zudem erreichten die amerikanischen Waffenlieferungen an die Alliierten geradezu gigantische Ausmaße. Für die deutschen Militärs ging es deshalb darum, den für das Frühjahr beabsichtigten »Durchbruch« im Westen so zu führen, dass die Gegner zu einem ebenso raschen wie für das Reich günstigen Friedensschluss bereit wären. Ein Verzicht auf das seit 1914 besetzte, faktisch bereits annektierte Belgien kam für die OHL dabei nicht in Frage.

Ein militärischer Erfolg im Westen war nach Ansicht Ludendorffs aber auch deshalb notwendig, um im Osten – vor allem nach dem überaus ertragreichen Diktatfrieden von Brest-Litowsk – weiterhin nach imperialem Gutdünken schalten und walten zu können. Dort standen zu diesem Zeitpunkt noch 53 Divisionen und 13 selbständige Brigaden – zusammen mehr als eine Million deutsche Soldaten. Diese Verknüpfung von Ost- und Westpolitik und somit die Rechtfertigung der im Osten geplanten Annexionen war auch Inhalt eines Schreibens der OHL an Kaiser Wilhelm II. vom 7. Januar 1918: »Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, müssen wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Eure Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen.«

Nur wenige deutsche Politiker und Meinungsführer wagten Einspruch gegen die Dominanz der OHL und ihr militärisch-hegemoniales Denken. Dazu zählten der liberale Berliner Politiker Friedrich Naumann, der Stuttgarter Unternehmer Robert Bosch sowie der Politikwissenschaftler und Publizist Ernst Jäckh. In einer Eingabe vom 11. Februar 1918 beschworen sie

Ludendorff, die anstehende Entscheidungsoffensive nur dann zu riskieren, wenn sie von konkreten Verzichtserklärungen (Belgien) begleitet und zugleich von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung getragen werde: »Das Blutvergießen, das bevorsteht, ist ungeheuer. Das deutsche Volk wird es ertragen, wenn es fühlt, dass die Feinde uns keine andere Wahl lassen, aber nur dann.« Ihr Appell stieß auf taube Ohren.

Inzwischen war in Deutschland auch der so genannte 14-Punkte-Plan des amerikanischen Präsidenten Wilson bekannt geworden, den dieser am 8. Januar in einer Rede vor dem Kongress publik gemacht hatte. Darin forderte Wilson einen für alle kriegführenden Nationen akzeptablen »Frieden ohne Sieg«. Auch wenn die Verbündeten der USA, Großbritannien und Frankreich, weiterhin einen »Vergeltungsfrieden« favorisierten, schien sich die Tür zu einem ehrenhaften Frieden für das Reich einen Spalt weit geöffnet zu haben. Dennoch wiesen die verantwortlichen deutschen Politiker und Militärs jeden Gedanken an einen »Wilson-Frieden« weit von sich. Erst ein Dreivierteljahr später entsann man sich wieder der 14 Punkte, um die unausweichliche Niederlage für Deutschland einigermaßen erträglich zu gestalten. Dazwischen aber lag eine Zeit voller Dramatik und großer Schrecken.

In den Monaten Januar bis März 1918 erreichte der deutsche Aufmarsch mit bis dahin nicht gekannten Mengen an Mannschaften und Geschützen einen neuen Höhepunkt. Insgesamt wurden mehr als fünf Millionen Menschen – Soldaten, technische Dienste sowie belgische und russische zwangsverpflichtete Arbeiter – an die Westfront verbracht. Die deutschen Sturmtruppen wurden für den Kampf im Bewegungskrieg geschult und waren entsprechend mit leichten Maschinengewehren, tragbaren Haubitzen sowie Flammenwerfern bewaffnet. Dies war eine konsequente Weiterentwicklung der seit dem Herbst 1916 von Ludendorff ersonnenen Sturmtruppen-Taktik, die aber nicht mehr wie zuvor einer elastischen Verteidigung, sondern dem entschiedenen Vorpreschen dienen sollte.

Als geeignetes Ziel für den Durchbruch hatte Ludendorff die Nahtstelle zwischen der französischen und der britischen Armee im Mittelabschnitt der Somme in Nordfrankreich bestimmt – also exakt jene Landschaft, die bereits 1916 Austragungsort einer ungemein blutigen und verlustreichen Schlacht gewesen war. Für diese Wahl mochte es zwar strategische Gründe geben, als Aufmarsch- und Nachschubplatz jedoch war die Region voll-



Miraumont, 1918

kommen ungeeignet. Denn die OHL hatte bei ihrem Rückzug in die »Siegfriedstellung« im Februar/März 1917 eine Strategie der »verbrannten Erde« (Unternehmen »Alberich«) praktiziert, indem sie etwa 200 Ortschaften zerstören ließ, ebenso zahlreiche Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien. An der Somme lag buchstäblich »kein Stein mehr auf dem anderen«. Und in dieses Gebiet kehrten die deutschen Truppen nun ein Jahr später zurück.

Dass die OHL, und vor allem ihr Protagonist Ludendorff, bei den Vorbereitungen zur »Großen Schlacht in Frankreich« gleichsam alles auf eine Karte setzte, zeigte nicht nur die Aufbietung von insgesamt 61 Divisionen, also etwa 1,4 Millionen Mann – die mit Abstand größte Truppenmassierung des gesamten Weltkriegs. Alles war auf den ersten Vorstoß konzentriert, auf die Bereitstellung von Reserveformationen hatte man weitgehend verzichtet. Zudem hatte die OHL eine neue Angriffstaktik eingeführt, bei der die Dauer des zerstörerischen »Wirkungsschießens« der Artillerie entscheidend verkürzt wurde, bevor die Infanterie zum Sturmangriff antrat. Nunmehr setzte der »Feuerschlag« nur wenige Stunden vor dem eigentlichen Angriff ein. Das Vorgehen der Bodentruppen wiederum wurde von einer artilleristischen »Feuerwalze« begleitet, welche die angreifenden Soldaten

gegen feindlichen Beschuss abschirmen sollte. Allerdings war diese Taktik mit einem hohen Risiko behaftet, verlangte sie doch sowohl eine ungeheure Präzision der Artillerie als auch eine genaue Feinabstimmung zwischen den einzelnen Truppenteilen.

Überraschenderweise schien die neue Strategie zunächst aufzugehen. Nach dem Angriff am 21. März rückten die »Durchbruchs«-Divisionen innerhalb weniger Tage etwa 70 Kilometer bis in die Umgebung von Amiens vor. 90 000 alliierte, davon 75 000 britische, Soldaten und etwa 1300 feindliche Geschütze fielen in deutsche Hände. Die Alliierten waren von den Anfangserfolgen der Offensive derart beeindruckt, dass der britische Oberkommandierende, Marshall Douglas Haig, offenbar ernsthaft erwog, die Deutschen um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Angesichts dieser Erfolge und des von der Propaganda unablässig verkündeten »Endkampf«-Szenarios zeigten sich die meisten deutschen Soldaten überaus motiviert, manche geradezu berauscht. Der Leutnant und Schriftsteller Ernst Jünger, dessen Kompagnie bereits am ersten Tag der Offensive durch feindlichen Granatbeschuss nahezu aufgerieben worden war, beschrieb die – heute kaum mehr vorstellbare - Stimmungsaufladung zu Beginn des nachfolgenden Angriffs: »Leute liefen herum mit strahlenden, freudigen Gesichtern, wie ich sie nie sonst im Graben gesehen hatte und schrien sich freudige Bemerkungen über das vernichtende Feuer ins Ohr. Pioniere und Fernsprecher, Infanteristen und Artilleristen, Bayern und Preußen, Offiziere und Mannschaften, alles war überwältigt von der elementaren Äußerung deutscher Kraft.« (Jünger, Kriegstagebuch, S. 376)

Auch in der Heimat lösten die Nachrichten vom Vormarsch der deutschen Truppen Jubel und Zustimmung aus. So notierte der Heidelberger Hochschullehrer und Mittelalterhistoriker Karl Hampe am 25. März in sein sorgfältig geführtes Kriegstagebuch: »Die Fortdauer unsrer großen Erfolge im Westen versetzt in einen starken Erregungszustand. Die Entscheidung des Weltkrieges scheint damit wirklich gefallen. Das Vorrücken geschieht unaufhaltsam, Bapaume und Nesle sind genommen; wir stehen schon fast an der Grenze des einst preisgegebenen Gebietes. [...] Es ist über die Maßen herrlich.« Tags darauf fühlte sich Hampe gar an die allgemeine Euphorie zu Beginn des »Großen Krieges« erinnert: »Der überwältigende Siegeslauf hält an. Die Stimmung der Augusttage 1914 kehrt wieder.«

Da Transportmittel fehlten oder für das verwüstete Gelände ungeeignet

waren und so der Versorgungsnachschub ausblieb, kam die deutsche Offensive jedoch schon bald zum Erliegen. Besonders gravierend wirkte sich der Umstand aus, dass die Militärs die Fertigung und Indienststellung von LKWs seit längerem sträflich vernachlässigt hatten. Das Problem hatte sich durch das britische Embargo verschärft, da Deutschland vom überseeischen Kautschukmarkt völlig abgeschnitten war, so dass keine Möglichkeit bestand, gummibereifte Fahrzeuge zu produzieren und einzusetzen. Die eisernen Räder der deutschen LKWs versanken tief im nordfranzösischen Schlamm und Morast.

Die Hochstimmung unter den deutschen Soldaten schlug in ihr Gegenteil um. Ebenso erfreut wie frustriert zeigten sie sich auch angesichts der erbeuteten Lebensmittel, die sich erheblich von der eigenen, jahrelang geduldig akzeptierten miserablen Verpflegung unterschieden. Niemals zuvor hatten die ausgehungerten Soldaten hochwertige Nahrungsmittel wie bestes Dosenfleisch und »köstlich eingedickte Marmelade« in solchen Mengen gesehen. Offenbar verfügten ihre Gegner über unbeschränkte Ressourcen und einen funktionierenden Nachschub. »Beim Engländer einkaufen« entwickelte sich zu einem soldatischen Volkssport. Auch für die Offiziere war gesorgt: »Merry old England. Wir legten uns natürlich keinen Zwang auf, sondern nahmen was uns gefiel. Ich suchte mir einen Brotbeutel, Wäsche, eine kleine Metallflasche voll Whisky, eine Kartentasche und einige Sächelchen von Roger und Gallet aus, vermutlich zärtliche Erinnerungen an einen Pariser Fronturlaub«, registrierte Ernst Jünger sorgfältig noch im Nachhinein (»In Stahlgewittern«) seine Erwerbungen aus den britischen Stellungen.

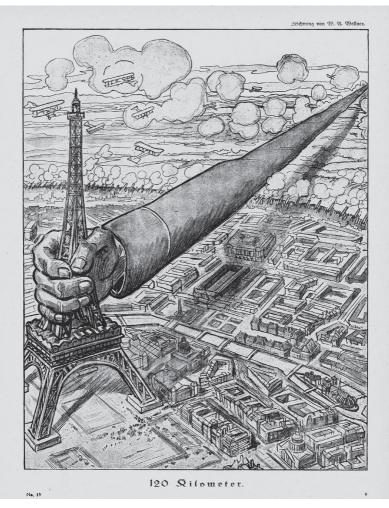
Doch das weit verbreitete »Beutemachen« hatte seinen Preis. Immer wieder erreichten die OHL Meldungen, dass sich Soldaten nach der Einnahme eines Ortes geweigert hätten, weiter vorzustoßen, und sich zunächst einmal an den erbeuteten Nahrungs- und vor allem den Getränkevorräten gütlich taten. Dennoch wäre es falsch, hiermit das Misslingen der deutschen Frühjahrsoffensive erklären zu wollen. Sie scheiterte nicht an der Disziplin- und Zügellosigkeit der Soldaten, sondern an einem fehlenden operativen Konzept sowie an dem eklatanten Missverhältnis von Zielvorgaben und Mitteln. Bereits nach kurzer Zeit folgten die deutschen Angriffe keinem erkennbaren und vor allem schlüssigen Plan mehr. Auf eine Nachfrage des bayerischen Kronprinzen Rupprecht, Oberkommandierender der 2. Armee, nach Strategie und Ziel der weiteren Operationen entgegnete ihm Ludendorff: »Das

Wort ›Operation‹ verbitte ich mir. Wir hauen ein Loch hinein. Das weitere findet sich. So haben wir es in Russland auch gemacht.« Treffender lässt sich der brutale Hau-Drauf-Aktionismus der OHL im Frühjahr 1918 nicht charakterisieren.

So verlegte sich die militärische Führung auf prestigeträchtige Aktionen wie die Beschießung der französischen Hauptstadt aus einer Entfernung von mehr als 120 Kilometern. Dabei kam ein von der Firma Krupp entwickeltes »Paris-Geschütz« (mit einem 21 cm Kaliber) zum Einsatz, mit dem sich das Stadtgebiet allerdings nur vage ins Visier nehmen ließ. Der monatelang (von März bis August) dauernde Beschuss der französischen Zivilbevölkerung war deshalb zweifellos ein Terrorangriff. An 44 Tagen wurden circa 800 Granaten verschossen, die insgesamt 256 Zivilisten töteten und weitere 625 verwundeten. Allein 88 Menschen kamen bei einem Treffer auf die (noch aus dem Mittelalter stammende) Kirche Saint-Gervais-Saint-Protais während des Karfreitag-Gottesdienstes am 29. März ums Leben. Die anschließende Massenpanik unter der Pariser Bevölkerung wurde von der deutschen Propaganda als Ausweis der Wirkmächtigkeit ihrer neuen Superwaffe dargestellt.

An der deutschen »Heimatfront« nahm man die zahlreichen Opfer der willkürlichen Beschießungen zumeist gleichmütig zur Kenntnis. Nicht wenige Deutsche sahen darin eine gerechtfertigte Reaktion auf die immer häufigeren Bombenangriffe alliierter Flugzeuge, vor allem auf südwestdeutsche Städte. Lakonisch notierte der Heidelberger Historiker Hampe in sein Kriegstagebuch: »Es ist so viel sinnlose Zerstörung damit verbunden. London und Paris haben kräftig herhalten müssen; natürlich nur zur Vergeltung. Aber ich bin überzeugt, dass man in den Ententeländern mit derselben heiligen Entrüstung die eignen Taten nur als Vergeltung betrachtet.«

Professor Hampe lag mit seiner Einschätzung durchaus richtig. Der bereits 1914 begonnene Luftkrieg hatte anfangs überwiegend militärischen Zielen (Festungen, Kasernen) gegolten, richtete sich dann aber, mit zunehmend angriffstauglicheren Zeppelinen und Flugzeugen, immer häufiger gegen die gegnerische Zivilbevölkerung. Auf einigen der so genannten Fliegerabwurfzettel wurden sogar die Gründe für den jeweiligen Angriff genannt: »Als Vergeltung für die Beschießung der offenen Stadt xxx.« Insgesamt warfen alliierte Flugzeuge über Deutschland mehr als 15 700 Bomben ab, durch die mindestens 746 Menschen getötet und 1843 verletzt wurden. Das Großherzogtum Baden war wegen seiner geographischen Nähe zu den Kriegs-



Karikatur zum »Paris-Geschütz« von Wilhelm Anton Wellner aus den *Lustigen Blättern*, Nr. 15, 1918

schauplätzen im Westen besonders betroffen: Hier kamen 678 Zivilisten zu Tode oder wurden verwundet.

Am 5. April ordnete die OHL offiziell die Einstellung der »Operation Michael« an. Von einem »Durchbruch« der englischen Front oder gar einer Abschnürung der Engländer von den belgischen und nordfranzösischen Kanalhäfen war nun keine Rede mehr. Auch das von Ludendorff gesetzte poli-

tisch-strategische Ziel, die britischen und französischen Armeen voneinander zu trennen, wurde verfehlt. Stattdessen verlegte sich die OHL auf weitere und zunehmend planlosere Vorstöße: zunächst im April 1918 in nordwestlicher Richtung (Béthune–Ypern–Lille), eine Operation mit dem Codenamen »Georgette«, dann ab Ende Mai mit der Operation »Blücher-Yorck« zwischen den Städten Compiègne und Reims, und schließlich noch einmal Mitte Juli östlich und westlich von Soissons und Reims (Operationen »Marneschutz-Reims« und »Friedenssturm«). An einigen Stellen gelangten deutsche Truppen sogar über die Marne, so dass einige Franzosen und Briten erneut eine Katastrophe wie bei der Marneschlacht von 1914 befürchteten, als deutsche Einheiten sich den Außenbezirken von Paris bis auf wenige Kilometer genähert hatten. Doch die gleichsam mit letzter Kraft vorgetragenen deutschen Angriffe liefen sich bereits nach wenigen Tagen fest – die Verluste waren einfach zu gravierend.

Das Pendel des Kriegs schlug nun endgültig zugunsten der Alliierten aus. Noch Anfang Juni besaßen die deutschen Armeen eine numerische Überlegenheit, einen Monat später hatte sich das Verhältnis beinahe umgedreht: Den etwa 3,75 Millionen deutschen Soldaten standen nun vier Millionen alliierte Soldaten gegenüber, darunter inzwischen fast 800 000 US-Amerikaner. Die Zahl der mit britischen und US-Schiffen angelandeten amerikanischen Soldaten war von Monat zu Monat gestiegen, von 46 800 im Januar auf 315 000 im August. Zugleich wurden die von ihnen in enger Absprache mit Briten und Franzosen gehaltenen Frontabschnitte immer größer. Anfang Oktober standen insgesamt 1 185 000 Amerikaner auf europäischem Boden, am Tag des Waffenstillstands im November waren es schließlich mehr als zwei Millionen.

Damit verfügten die Franzosen und ihre Verbündeten im Juli 1918 über Mittel und Möglichkeiten, selber zu einer Großoffensive überzugehen. Inzwischen besaßen sie auch die Lufthoheit, und was entscheidend war: Der alliierten Überlegenheit bei den Panzern (die man damals, noch bis in die 1930er Jahre, Tanks nannte) vermochten die Deutschen nichts Gleichstehendes entgegenzusetzen. Das deutsche Militär hatte – trotz mancher Warnungen – die operativen Möglichkeiten der Tanks lange nicht ernst genommen und somit die Entwicklung der Panzerwaffe regelrecht verschlafen. Gerade einmal 20 relativ unbewegliche Monsterfahrzeuge vom Typ A7V wurden realisiert.



Deutsche Sturmpanzer, April 1918

Am 18. Juli begann die Gegenoffensive der Alliierten gegen den Frontbogen Soissons - Reims, an der neben französischen auch amerikanische, britische und sogar italienische Verbände beteiligt waren; den Hauptschlag führten die französischen 10. und 6. Armeen. Ein sorgfältig vorbereiteter Angriff französischer Einheiten nahe dem Ort Villers-Cotterêts, der von 200 zwar kleinen, aber überaus beweglichen Panzern des Typs Renault FT mit drehbarem Turm begleitet wurde (weitere 146 blieben in Reserve), entriss den Deutschen endgültig die Initiative. Bis zum Abend des ersten Angriffstages waren die Panzer samt Infanterie etwa 8,5 Kilometer vorgerückt. Der Angriff der Franzosen gegen die deutschen Linien war umso bemerkenswerter, als er ohne die sonst übliche Artillerievorbereitung vorgetragen wurde. Am 3. August befanden sich die deutschen Truppen wieder dort, wo sie Mitte März, also vor dem Beginn der Frühjahrsoffensive, gestanden hatten. Die »Zweite Schlacht an der Marne« endete mit dem Verlust von 168 000 (davon 29 000 gefangenen) deutschen und 135 000 alliierten Soldaten.

Die gesamten menschlichen Kosten der Frühjahrsoffensive einschließlich der nachfolgenden Operationen waren gewaltig. Die Statistik des Reichsarchivs wies bereits für Ende März insgesamt 235 544 deutsche Verluste aus, nach den Folgeangriffen von April bis Juli wurden noch einmal 257 176 Ver-

luste angezeigt. Schließlich wusste sich die OHL keinen anderen Rat, als das verbündete Österreich-Ungarn um die Entsendung von fünf bis sechs Infanteriedivisionen zu ersuchen, allerdings mit der Einschränkung, es dürften keine tschechischen Truppen sein, da diese als politisch unzuverlässig galten. Als das k.u.k. Oberkommando zunächst zögerte, die bei den schweren Kämpfen in Oberitalien dringend benötigten Einheiten an die Westfront zu schicken, drohte Berlin mit der sofortigen Einstellung von bereits zugesicherten Getreidelieferungen aus dem Reich. Daraufhin wurden vier k.u.k. Divisionen in Marsch gesetzt. Zwar hatten auch die Alliierten eine große Anzahl an Gefallenen, Verwundeten und Vermissten zu verzeichnen –»Michael« allein kostete Briten und Franzosen zusammen etwa 212 000 Mann –, doch diese Verluste ließen sich mit den frisch angelandeten US-amerikanischen Truppen rasch ausgleichen, während die deutschen Reserven inzwischen weitgehend ausgeschöpft waren.

Der Austausch der kämpfenden Truppen im deutschen Heer wurde immer problematischer; viele junge Rekruten erreichten die Front hungernd und gesundheitlich geschwächt. Zudem wurden zahlreiche Soldaten wie auch Zivilisten ein Opfer der so genannten Spanischen Grippe, einer der größten Pandemien des 20. Jahrhunderts. Sie hatte die deutschen Armeen besonders schlimm getroffen; von August 1917 bis August 1918 erkrankten nach der offiziellen Heeresstatistik 708 306 Soldaten. Die monatliche Ausfallrate (Gefallene, Verwundete, Erkrankte) des deutschen Heeres im Jahr 1918 belief sich auf durchschnittlich 200 000 Mann, wodurch der Bestand an einsatzfähigen Soldaten beständig sank: zwischen März und Juli von 5,1 auf 4,2 Millionen Mann. Das wiederum hatte erhebliche Auswirkungen auf die Sollstärke und damit den »Kampfwert« der Einheiten. Ein Beispiel: Nach dem offiziellen Abbruch der »Frühjahrsoffensive« im April 1918 umfasste die 2. Armee, eine der drei Angriffsarmeen in der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, insgesamt 28 Divisionen, davon zwölf an der Front und 16 in der Etappe. Allerdings waren davon nur vier Divisionen uneingeschränkt kampfbereit. Vier Monate später, am 3. August, zählte die 2. Armee nur noch 17 Divisionen (zehn an der Front und sieben in der Etappe), von denen nur noch zwei Divisionen ohne Einschränkungen als kampffähig galten. Der Bericht der bayerischen Armeeinspektion beklagte zudem die »mangelnde Ausbildung der Infanterie«, den »enormen Verlust an Offizieren« und »die fast unbewegliche Artillerie auf Grund vieler kranker Pferde«.

Nicht nur der militärischen Führung, auch den deutschen Frontsoldaten wurde die Aussichtslosigkeit der Angriffe immer stärker bewusst. Die hochgeputschte Euphorie, mit der viele Soldaten die Frühjahrsoffensiven begrüßt hatten, machte einer zunehmenden Ernüchterung und schließlich einer weit verbreiteten Resignation Platz. Gleichzeitig erlahmte die Disziplin. Bereits im Frühjahr 1918 hatte in den deutschen Armeen ein Prozess eingesetzt, den einige Historiker als einen »verdeckten Militärstreik« (Wilhelm Deist) bezeichnet haben. Natürlich sind Soldaten keine Arbeitnehmer und dieser Streik war auch kein Kampf für Lohn und Brot, wie ihn organisierte und nichtorganisierte Arbeiter innerhalb des Reiches ausfochten. Um ihre Haut zu retten, ergriffen die Soldaten schlicht jene Möglichkeiten, die ihnen der Krieg und die wechselnden Kampfsituationen boten. Es begann damit, dass die Angriffstruppen während der Offensiven, die auf »Michael« folgten, den ihnen erteilten Befehlen zu einem weiteren Vormarsch einfach nicht mehr nachkamen. Stattdessen verharrten viele von ihnen in den Ausgangspositionen. Albrecht von Thaer, ein erfahrener Offizier im Generalstabsdienst, hat in seinem Tagebuch das »Verharren« der deutschen Frontsoldaten beschrieben und zugleich die Gründe benannt: »Ich muss sagen, dass mir vielfach die Truppe wenig gefällt, die jetzt hier eingesetzt wurde. Es kommt bei Offizieren und Leuten die große Enttäuschung zum Ausdruck, dass die große, lange erwartete März-Offensive sich festgefahren hat und dass nun egal wo ein Angriff auf den anderen folgen soll. Sie hatten zu sehr darauf gehofft, dass dieser große Schlag den Krieg im März beenden würde. Man hatte daraufhin noch einmal allen Schneid und alle Energie zusammengerissen. Nun ist die Enttäuschung da, und sie ist groß. Das ist der Hauptgrund, warum auch artilleristisch gut vorbereitete Angriffe sich totlaufen.«

Zudem nahmen die deutschen Soldaten immer häufiger ihren »Abschied« (David Stevenson) von der Front, indem sie entweder desertierten, sich nicht zum Dienst zurückmeldeten oder aber sich freiwillig in die Gefangenschaft der alliierten Truppen begaben. Insgesamt »verabschiedeten« sich auf diese Weise zwischen dem 15. Juli und Ende September 1918 nicht weniger als 340 000 Soldaten. Laut der offiziellen Kriegsstatistik wurden in den beiden letzten Kriegsmonaten zwischen 750 000 und einer Million deutscher Soldaten als »abwesend« geführt. Diese »Fluchtbewegung« vollzog sich zumeist auf dem Weg zur Front, auf dem Rückweg von der Front in die Etappe oder auf den verschlungenen und kaum noch kontrollierba-

## General Ludendorff an den preußischen Kriegsminister von Stein

Großes Hauptquartier, 9. Juli 1918

Ia Nr.9191 geh. op geheim

Die zunehmende Zahl der unerlaubten Entfernungen, Feigheitsdelikte und Gehorsamsverweigerungen vor dem Feinde an der Westfront in Verbindung mit der milden Beurteilung, die solche Straftaten vielfach bei den Kriegsgerichten finden, bildet eine schwere Gefahr für die Disziplin und die Schlagfertigkeit des Heeres. Ihr nach Möglichkeit entgegenzuwirken, ist ein unabweisbares Bedürfnis der Kriegsnotwendigkeit. Dazu erscheint in erster Linie dringend geboten, dass alle Offiziere durch entsprechende Belehrung mit den gesetzlichen Bestimmungen so vertraut gemacht werden, dass sie wissen, welche Handhaben ihnen das Gesetz gibt, um den für den Gefechtszweck unbedingt erforderlichen Gehorsam zu erzwingen, und dass weiterhin die Gerichte die gesetzlich zulässigen strengen Strafen auch tatsächlich zur Anwendung bringen, um durch exemplarische Strafen, soweit notwendig auch Todesstrafe, abschreckend zu wirken. [...] Ferner wird für nötig erachtet, den Gerichtsherren zur unbedingten Pflicht zu machen, ehe sie Mannschaften, die wegen strafbarer Handlungen gedachter Art verurteilt sind, Strafaussetzung, bzw. Strafunterbrechung [...] bewilligen, erst die Truppenbefehlshaber zu hören, ob eine Rückkehr des Verurteilten zur Truppe erwünscht und ohne Gefährdung der Disziplin angängig ist, und ob der Verurteilte nach seiner Persönlichkeit die Gewähr für Wohlverhalten in der Folgezeit bietet, ferner welche besonderen dienstlichen Gründe etwa für die Aussetzung der Vollstreckung vorliegen. Auf diese Weise hat es die Truppe in der Hand, disziplingefährdende rückfallverdächtige Elemente von sich fernzuhalten, in dem sie sich gegen die Rückkehr ausspricht, und wird die Zahl der Fälle von Strafaufschub die im Interesse der Abschreckung nötige Beschränkung auf besonders milde liegende Fälle finden.

aus: Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Band 2, Berlin 1959, S. 276f. ren Wegen zwischen Front und den rückwärtigen Sanitätsdiensten. Das später von einigen hohen Militärs als eine »Drückebergerei« gigantischen Ausmaßes gegeißelte Verhalten der Soldaten diente in den 1920er Jahren rechten Kreisen als eine weitere Begründung für das letztliche Versagen des Heeres. Dafür verantwortlich gemacht wurde vor allem »bolschewistische Zersetzungspropaganda«. Diese sei zuerst von jenen Truppenteilen ausgegangen, die 1918 von der Ost- an die Westfront verlegt worden waren. Sehr vereinzelt mag dies sogar zutreffen, aber solch eine Massenbewegung »weg vom Heer« lässt sich nicht hinreichend mit Indoktrination und Flüsterpropaganda erklären.

Gleiches gilt für die zunehmend professioneller gemachte Propaganda der Alliierten. Hatten britische Ballons und Flieger im April 1918 etwa eine Million Flugblätter über den deutschen Stellungen abgeworfen, regneten im Oktober schließlich über fünf Millionen Fliegerabwurfzettel auf deutsche Soldaten herab, in denen diese aufgefordert wurden zu desertieren: ausreichende Verpflegung und anständige Behandlung in Gefangenschaft wurden ihnen zugesichert. Verfasst in einem gut lesbaren Deutsch – ganz im Gegensatz zu den bescheidenen Anfängen der englischen Flugblättpropaganda – und mit deutlich anti-preußischer Stoßrichtung wiesen die Flugblätter auf existierende oder vermutete Missstände innerhalb des Heeres hin, um die ohnehin angeschlagene Moral der Truppen weiter zu erschüttern.

Welche Wirkung diese Form der Agitation hatte, lässt sich nicht im Einzelnen bemessen; das Versagen des deutschen Heeres kann man jedenfalls nicht der erkennbaren Überlegenheit der alliierten Propaganda zuschreiben, wie dies später Ludendorff und vor allem Hitler taten. Auch führte die in der Regel persönlich getroffene Entscheidung, sich vom Kriegsschauplatz zu entfernen, keineswegs zu Formen kollektiven Protests oder gar zu einem aktiven Widerstand gegenüber Vorgesetzten. Als staatliche Institution sowie als militärischer Verband bestand das Deutsche Heer einschließlich seiner eingegliederten Armeen bis zur Kapitulation im November 1918 unverändert fort. Die von Historikern erforschten Quellen, vor allem die privaten Aufzeichnungen in Tagebüchern und Briefen, lassen jedoch erkennen, dass die Mehrzahl der deutschen Soldaten im Sommer 1918 einfach kriegsmüde war und ein rasches Ende des mittlerweile vier Jahre andauernden Krieges herbeisehnte. Weder die als moralfördernd und stabilisierend betrachtete Kameradschaft noch die Existenz relativ homogener Primärgruppen unter